



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Das Zeitalter des Imperialismus 1884 - 1914

Friedjung, Heinrich

Berlin, 1919-

Aehrenthal und Iswolskij über Bosnien und die Dardanellen.

[urn:nbn:de:hbz:466:1-76985](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-76985)

Aehrenthal und Iswolskij über Bosnien und die Dardanellen

Die kleineren Völker haben Mühe, sich in den Welthändeln den Mächtegruppen gegenüber geltend zu machen. Serbien setzte seine Hoffnung auf Rußland und seit der Gründung des Dreiverbandes auch auf dessen mächtige Freunde und Bundesgenossen. Indessen war die panslawistische Ideologie für die russische Regierung nur ein Behelf, dessen sie sich zeitweilig bediente. Ihr eigentliches Ziel war und blieb die Herrschaft über Konstantinopel und die Meerengen; solange dieses Höchste nicht zu erreichen war, wollte sie wenigstens die Öffnung der Meerengen für die russischen Kriegsschiffe durchsetzen. Von diesem Gedanken war auch Iswolskij erfüllt. Durch die letzten Abmachungen mit England und Japan war sein an sich kräftiges Selbstbewußtsein noch gewachsen. Das Londoner Kabinett war dem Zarenreich in Persien und Sibirien, besonders aber in Mazedonien, so weit entgegengekommen, daß der russische Außenminister die Hand nach der kostbarsten Frucht auszustrecken wagte. Des Beistandes Frankreichs glaubte er sich, wenn er die Fessel des Pariser Vertrages von 1856 abstreifte, so gut wie sicher. Bei England, das wußte er, würde er auf Schwierigkeiten stoßen; deshalb ließ er diese Macht vorerst zur Seite und schlug einen Umweg ein. Vor allem versuchte er eine Verständigung mit den zwei Mittelreichen. Hatte er diese und Frankreich auf seiner Seite, dann, so rechnete er, konnte England die Aufhebung des lästigen Vertragspunktes von 1856 nicht ablehnen. Die Einsperrung der russischen Flotte im Schwarzen Meer hatte sich im Laufe des Krieges mit Japan als nationales Unglück erwiesen. Ähnliches sollte sich nicht wiederholen; was die russischen Staatsmänner seit Gortschakow vergebens angestrebt hatten, mußte ihm, Alexander Petrowitsch Iswolskij, endlich gelingen.

Alexander Iswolskij, geboren 1856, hatte sich als Gesandter beim päpstlichen Stuhle, in Belgrad, Tokio und Kopenhagen einen guten Namen gemacht; man rühmte seine Kenntnisse auf dem Gebiete der Geschichte wie des Staats- und Völkerrechts. Seine geistigen Gaben

waren nicht gering, sie versagten jedoch, wenn Ehrgeiz oder andere persönliche Motive sich ihnen in die Quere legten; dann hörte bei ihm gradliniges Denken auf. Ihm fehlte das innere Gleichgewicht, ohne das gute Fähigkeiten eine wertlose Mitgift sind. In der russischen Diplomatie, in der die Talente nur spärlich gesäet waren, galt Iswolskij schon in jungen Jahren als Mann der Zukunft. Neben ihm kam 1906 für den Posten eines Ministers des Aeußeren nur Tscharykow in Betracht. Ein ehemaliger Kollege der zwei Diplomaten verglich sie mit zwei Rennpferden, die ungefähr gleiche Aussichten hätten; es wäre Geschmacksache, ob man auf das eine oder das andere wette. Iswolskij überholte den Nebenbuhler und wurde Minister des Aeußeren, ließ es sich aber gefallen, daß Tscharykow ihm als Gehilfe zur Seite gesetzt wurde, was unzumutbar war, da die Geschäfte unter ihrer Eifersucht litten. Der Minister hielt sich mehr links und liebäugelte in inneren russischen Angelegenheiten mit den Liberalen; sein Gehilfe wieder gab sich als Nationalrusse und unterhielt Verbindungen mit den panslawistischen Kreisen. Es war Iswolskij verhältnismäßig gleichgültig, was Serben und Bulgaren von ihm hielten; dagegen nahm er auf die öffentliche Meinung in den drei großen Kulturnationen Rücksicht und setzte ein gutes Stück Geld daran, in der französischen Presse gepriesen zu werden.

Bei Ausführung seines Dardanellenplanes empfahl es sich, zunächst mit dem Wiener Kabinett das Einvernehmen zu suchen. Denn Deutschland nahm in den Balkanangelegenheiten auf die habsburgische Monarchie jede Rücksicht und ließ sich ohne sie gewiß nicht auf eine Änderung des Meerengenvertrages ein. Iswolskij war auch bereit, dem Wiener Kabinett einen ansehnlichen Preis zu zahlen; er bestand in der Einwilligung zur Annexion Bosniens durch die Donaumonarchie, worüber bereits (Band I, S. 57) 1881 und 1884 zwischen Wien und Petersburg bedingungsweise Verabredungen getroffen worden waren. Jetzt war die Sache dringend, da mit dem Aufkommen der großserbischen Idee Österreich-Ungarn sich in Bosnien nicht mehr sicher fühlte. Aus dem Umstande, daß die Donaumonarchie durch die Berliner Kongreßakte nur zur Besiznahme, nicht zur Einverleibung jenes Landes ermächtigt worden war, schöpften die Serben einen Rechtsgrund für ihre unterirdische Tätigkeit. Ihnen diesen Vorwand zu entwinden, schien dem österreichischen Minister von großer Wichtigkeit. Mochte ihn auch Ehrgeiz leiten, so wirkte doch am stärksten die An-

nahme, durch die Annexion werde den großserbischen Treibereien ein Riegel vorgeschoben werden¹⁾.

Iswolskij ging ohne Zögern auf die Unterhandlung ein. Er erklärte sich grundsätzlich mit der Annexion einverstanden, und mehr noch, er bot dem Wiener Kabinett außerdem den größeren Teil des Sandschak an, wenn Rußland bei dem Geschäfte auf seine Rechnung komme. Seinen Gedankengang legte er in einer vom 2. Juli 1908 (19. Juni alten Stils) datierten Aufzeichnung, einem Aide mémoire, nieder, die dem Wiener Kabinett am 6. Juli zukam. Das geschah also drei Wochen nach dem zu Reval mit Eduard VII. und seinen Begleitern getroffenen Abkommen; wobei auch bemerkenswert ist, daß der russische Minister sowohl in London wie in Paris aus der neuen Unterhandlung ein Geheimnis machte. Für ihn bestand in dieser Hinsicht kein Unterschied zwischen den neuen englischen Freunden und dem erprobten französischen Bundesgenossen. Das war die erste Probe der Unzuverlässigkeit, unter der bald die eine, bald die andere Mächtegruppe zu leiden hatte²⁾. In der erwähnten Niederschrift Iswolskij's vom 2. Juli wird versichert, daß Rußland bezüglich des 1897 erzielten Einvernehmens (Band I, S. 162 f.) mit der Absicht des Wiener Kabinetts übereinstimme, „mit ihm die freundschaftlichsten und vertrauensvollsten Beziehungen aufrechtzuerhalten, in voller Harmonie mit den monarchischen und konservativen Interessen der zwei Länder“. In dem positiven Teile des Vorschlages ist vielleicht das Auffallendste die in

¹⁾ Ein zuverlässiger Führer durch die äußere Politik der Donaumonarchie 1906 bis 1912 ist das Buch von Berthold Molden: „Alois Graf Lehrenthal. Sechs Jahre äußere Politik Österreich-Ungarns“, Stuttgart 1917. Derselbe Verfasser schildert das Leben Lehrenthals bis zu dessen Ministerschaft in dem ihm gewidmeten Aufsatz in Bettelheims „Biographisches Jahrbuch“ 18. Band (Berlin 1917). Über die Motive Lehrenthals vgl. noch Sosnosky, „Die Balkanpolitik Österreich-Ungarns seit 1866“, Band II, S. 150 ff., und Südländ, „Die südslawische Frage“, S. 503.

²⁾ In der Aufzeichnung vom 2. Juli ist gesagt: „... wir sind nach wie vor der Ansicht, daß die Frage der Abänderung des durch Artikel 25 des Berliner Vertrages, nämlich der Annexion Bosniens, der Herzegowina und des Sandschaks von Rowibazar, einen hervorragend europäischen Charakter hat und nicht darnach geartet ist, um durch ein gesondertes Einvernehmen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn geregelt zu werden. Andererseits sind wir bereit, anzuerkennen, daß derselbe Vorbehalt auch die Frage von Konstantinopel, des angrenzenden Gebiets und der Meerengen trifft. Nichtsdestoweniger wäre die russische Regierung mit Hinblick auf die hervorragende Wichtigkeit, welche die Lösung der zwei erwähnten Fragen für ihre wechselseitigen Interessen besitzt, bereit, auf die Erörterung darüber im Geiste freundschaftlicher Wechselseitigkeit einzugehen.“

allgemeinen ausgesprochene Bereitwilligkeit Iswolskij, der Donaumonarchie nicht bloß Bosnien und die Herzegowina, sondern auch den Sandschak von Nowibazar zu überantworten, auf dessen Besitz das Wiener Kabinett, wie sich bald zeigte, innerlich bereits verzichtet hatte. Wohl war eine Einschränkung gemacht und nur die nördliche Hälfte des Sandschak angeboten. Die Lockspeise wurde hingehalten, weil die russische Regierung, wie aus den Worten Iswolskij hervorging, eigentlich auf Größeres zielte, nämlich auf die Beherrschung Konstantinopels und seiner Umgebung.

Aehrenthal, durch die Eröffnung Iswolskij angenehm berührt, kam ihm auf halbem Wege entgegen. Er hatte gegen die Dardanellenwünsche Rußlands nichts einzuwenden, wofür Iswolskij sich mit zwei Bedingungen befreundete. Die eine war, daß die zwei anderen Anrainer des Schwarzen Meeres, Rumänien und Bulgarien, für ihre Kriegsschiffe dasselbe Recht erhielten wie Rußland. Dann verlangte er Bürgschaften für die Sicherheit Konstantinopels gegen den Überfall durch eine in den Bosphorus einlaufende russische Flotte. Das natürliche Vorbild für die neue Ordnung der Dinge war in den zwischenstaatlichen Verträgen über den Suezkanal gegeben (I. S. 409). Diese Wasserstraße konnte zwar von allen Kriegsschiffen benützt werden, jedoch mit der Beschränkung, daß innerhalb 24 Stunden immer nur je ein Schiff derselben Nation passieren und daß dieses nicht länger als einen Tag im Kanal verweilen durfte. Die Übertragung dieser Einrichtung auf die Meerengen verbürgte den ausreichenden Schutz der türkischen Herrschaft am Bosphorus und in den Dardanellen.

Das dem Wiener Kabinett angebotene Entgelt war nicht zu verachten. Iswolskij aber sah in der Einverleibung Bosniens und der Herzegowina kein Opfer von seiten Rußlands. Hatte doch das Petersburger Kabinett die Souveränität über die besetzten Provinzen immer als Tauschgegenstand angesehen. Schon im Vertrage vom 15. Januar 1877 waren Bosnien und die Herzegowina der habsburgischen Monarchie ohne Vorbehalt überwiesen worden; und diese Abmachung erhielt durch das Abkommen vom 13. Juli 1878 eine Bekräftigung, als sich Rußland den Beistand des Wiener Kabinettes für die Zurückgewinnung Besarabiens sichern wollte. Dann war 1881 von den zwei Mächten ausgemacht worden, daß Österreich-Ungarn die zwei Provinzen unter gewissen Voraussetzungen annektieren könne, eine Abmachung, die 1884 für drei Jahre erneuert wurde. Indessen waren diese Verträge ent-

weder durch die Berliner Kongressakte außer Kraft gesetzt oder nach Ablauf der vereinbarten Frist von selbst erloschen. Es galten nur mehr die Beschlüsse des Berliner Kongresses; doch gab es in den Kabinetten der Großmächte nur eine Meinung darüber, daß die zwei Länder Bestandteile der Donaumonarchie waren. Dazu kam, daß Uehrenthal, wie noch näher auszuführen sein wird, zu einem nicht geringen Opfer bereit war, zum Verzicht auf den Sandschak wie auf die der Monarchie zustehende Hafen- und Eisenbahnpolizei in Montenegro. Auf dieser Grundlage kamen die zwei Kaisermächte einander nahe, so daß nur mehr eine dünne Wand zu durchstoßen war. Damit schob Iswolskij die Ansprüche Serbiens und Montenegros zur Seite, die sich schmeichelten, die zwei Provinzen später einmal unter sich teilen zu können. Dieses Spiel hatte das Petersburger Kabinett oft getrieben, die Balkanstaaten zeitweilig liebkoost und benützt, um sie dann wieder fallen zu lassen. Rußland war mit großen Aufgaben belastet, da es die Erde vom Schwarzen Meer bis zum Großen Ozean umspannte. Jetzt standen die Dardanellen im Mittelpunkt seiner Wünsche, weshalb die Rücksicht auf die Südslawen zurücktrat. Diese Sachlage benützte Uehrenthal, um die leckere Speise von der dargereichten Schüssel zu nehmen. Er wäre ein politischer Stümper gewesen, hätte er nicht zugegriffen.

*

Die Räumung des Sandschak

Das Wiener Kabinett erwog den Vorschlag Iswolskij's gründlich, und Uehrenthal unterbreitete dem Kaiser Franz Josef am 9. August darüber eine alle Verhältnisse durchleuchtende Denkschrift. Was der Minister darin über die beim Zusammenbruche der Türkenherrschaft später einmal zu verfolgenden Pläne darlegte, soll noch erzählt werden; hier sei bloß erwähnt, daß er dringend davor warnte, sich dem Traume eines Vormarsches gegen Saloniki hinzugeben. Diesem Gedanken hatte noch Andrássy nachgehungen und deshalb der Donaumonarchie auf dem Berliner Kongreß das Recht erstritten, seine Besatzungen durch den Sandschak von Nowibazar und über Mitrowiça hinaus vorzuschieben. Anders Uehrenthal, der im Gegensatz dazu die Räumung des